Scranton Wochenblatt.

Office: 427 Lackawanna Ave.

Der 47. Congreß.

18. Januar. Nach Annahme eines Berichts des Ausschusses zu Gunsten einer Bewilligung von $185,000 für Eilpostdienst und nach einer längeren Debatte über die Tarifbill, in deren Verlauf verschiedene vergebliche Versuche gemacht wurden, die vom Finanzausschuß vereinbarten Zollsätze abzuändern, vertagte sich der Senat aus Rücksicht auf das Ableben des Nationalabgeordneten Shackleford von Nordcarolina.

Im Abgeordnetenhause beantragte Robeson die Berathung der Ausgaben-Ansätze für die Flotte, während Butterworth auf die Erörterung der Branntweinsteuer-Bill drang. Das Haus entschied sich für erstere Vorlage, deren Bestimmungen Robeson erläuterte. Nach Schluß seiner Bemerkungen erfolgte das Ableben des Nationalabgeordneten Shackleford halber Vertagung.

19. Jan. Im Laufe einer Debatte über die Arbeitsfrage bemerkte Senator Williams, sein Kollege Dawes scheine zu glauben, daß es keine andere Arbeit gebe, als Fabrikarbeit, und daß die Fabrikarbeiter ihre 2 Dollars den Tag haben müßten, während die Farmarbeiter nur 75 Cents erhielten. Dawes stellte dies in Abrede und wandte ein, daß die Fabriken dadurch, daß sie einen Markt für die Erzeugnisse der Farmers lieferten, den Werth seiner Arbeit und seines Landes erhöhten. Williams: „Das ist dummes Zeug, Herr Präsident [Heiterkeit]. Nicht über 5 Prozent von unserem Volke sind im Fabrikwesen beschäftigt." Er könnte, fuhr Williams fort, zwei Counties in Illinois oder Kansas bezeichnen, welche mehr Lebensmittel erzeugten, als alle Fabrikarbeiter des Landes verzehren könnten. Morgan ließ den Sekretär die Aeußerung eines Connecticuter Farmers vor der Tarif-Commission, welcher sich gegen einen hohen Schutzzoll-Tarif ausgesprochen hatte, verlesen. Morrill meinte, es würde genügen, den Rest derselben im „Record" abdrucken zu lassen. Williams aber erhob dagegen Einwand. „Ich bin selbst Farmer", sagte er, „und als solcher bestehe ich darauf, daß das Ganze gelesen werde, weil es meine eigenen Ansichten viel besser ausdrückt, als ich sie selbst ausdrücken könnte." Die Verlesung nahm ihren Fortgang, und als sie beendet war, sprach Williams auf's Neue seine vollkommene Uebereinstimmung mit den Ansichten „des einzigen Farmers" aus, „der von der Tarif-Commission vernommen worden sei." „Und", fügte er hinzu, „wenn es im Bundessenat schicklich wäre, würde ich ein dreimaliges Hoch auf den Farmer von Connecticut ausbringen." [Erneute Heiterkeit]. Hoar verzichtete auf seinen Sitz im Verwaltungsrathe des „Smithsonian Institute" und Edmunds wurde zu seinem Nachfolger ernannt. Sodann erfolgte Vertagung.

20. Januar. Der Senat nahm das Postbewilligungsgesetz an, einschließlich der vom Postausschuß vorgeschlagenen Bestimmung, daß der neue Briefporto-Satz von 2 Cents schon am 1. Juli d. J. [statt am 1. Jan. 1884] in Kraft treten soll, und fuhr mit der Berathung der Tarifbill fort.

Das Abgeordnetenhaus fuhr mit der Berathung der Ausgaben-Ansätze für die Flotte fort. Calkins erklärte, die Vorlage in ihrer gegenwärtigen Form nicht gutheißen zu können. Als Amerikaner sei er es müde, sein Land wegen seiner armseligen Flotte von anderen Nationen verhöhnt und verlacht zu sehen. Whitthorne äußerte sich in ähnlichem Sinne.

Im Abgeordnetenhause beantragte Moore von Tennessee einen Verfassungszusatz, wodurch dem Congreß die Gewalt ertheilt wird, durch geeignete Gesetzgebung die Einzelstaaten zur Einhörung ihrer contractlichen Verbindlichkeit zu zwingen. Auf Antrag des Rechtsausschusses wurde der Ausschuß für das Militärwesen angewiesen, die, die Verwaltung des Invalidenhauses zu Hampton in Virginien erhobenen Beschuldigungen zu untersuchen. Der Rest der Sitzung war der Berathung von Spezialgesetzgebung gewidmet. Zwei solcher Bills wurden angenommen. Ein Antrag aus dem Kriege gab Anlaß zu Weitläufigkeiten und die namentliche Abstimmung über die Vorlage wurde angeordnet, worüber das Haus sich auf Antrag von Robeson vertagte. Die Republikaner traten sofort zu einer Parteiversammlung zusammen, in welcher beschlossen wurde, am Dienstag, unmittelbar nach Annahme des Flotten Etats, zur Berathung der Tarifbill zu schreiten und dieser bis zu ihrer endlichen Erledigung den Vorrang vor allen anderen Maßnahmen, mit Ausnahme der Bewilligungsgesetze für den Bundeshaushalt, einzuräumen. Allgemein machte sich der Wunsch laut, daß die Bill angenommen werden möge, doch gaben mehrere der Anwesenden ihre Absicht zu erkennen, Aenderungen zu beantragen.

22. Jan. Die heute dem Senat zur Annahme einberichtete Logan'sche Bill zur Regelung des Telegraphenwesens macht es den Telegraphen-Gesellschaften zur Pflicht, Depeschen von jeder anderen Telegraphen-Gesellschaft zur Beförderung zu übernehmen und pünktlich zu befördern. Einberichtet wurde ferner ein Gesetz zum Schutze der Bundesländereien gegen unbefugte Besitznahme. Dan Wyck legte bei Berathung der Tarifbill einen Antrag vor, alle Artikel unter der Rubrik von Holz- und Holzwaaren auf die Liste der zollfreien Artikel zu setzen, welchen er dahin abänderte, daß unfertige und fertige Möbel davon auszunehmen und erstere mit 30, letztere mit 35 Prozent zu verzollen seien.

Morrill bekämpfte den Van Wyck'schen Antrag. Der Zoll von veredeltetem Holz sei nur so hoch angesetzt, als zum Schutz der einheimischen Industrie nothwendig sei, und auf unveredeltes Holz sei gar kein Zoll gelegt. McDill hielt eine Ermäßigung dieser Zölle für geboten, doch ging ihm der Van Wyck'sche Antrag zu weit. Er beantragte eine Herabsetzung der Angaben von gröberen Holzwaaren um 10 Prozent. Boyard machte auf den offenbaren Widerspruch aufmerksam, der darin liege, daß man einerseits eine Belohnung auf die Anpflanzung von Waldungen aussetze und andererseits die Holzeinfuhr gewissermaßen verbiete. Die Erhaltung unserer Forste, oder vielmehr die Reste derselben sei eine Sache von nationaler Wichtigkeit. Ingalls sagt, daß die Statistik unseres Bau- und Brennholz-Verbrauchs höchst lehrreich sei. Ueber 32 Millionen Menschen in den Ver. Staaten brauchten noch immer Holz als Brennmaterial und das im vergangenen Jahre zu diesem Zwecke verbrauchte Holz habe einen Werth von über 300 Millionen Doll. gehabt. Zur Deckung des jährlichen Holzbedarfs der Ver. Staaten sei das Erzeugniß von 5 Millionen Geviertmeilen dichtbestandenen Waldlandes erforderlich, und nach der günstigsten Schätzung würden die Vorräthe wahrscheinlich nur noch 15 Jahre ausreichen. Der für die Beibehaltung der Holzzölle vorgebrachte Grund, daß sie zum Schutz der amerikanischen Arbeit nothwendig seien, verliere an Gewicht durch die sich aus der Statistik ergebende Thatsache, daß der Durchschnittslohn der in der Holzindustrie beschäftigten Arbeiter noch keine 75 Cts. den Tag betrage. Er schlage vor, behauene oder geschnittene Balken, Bretter ꝛc. von der Schirlingstanne, der Weißtanne, der Sykamore und der Linde und alles andere geschnittene Holz, sowie Schindeln, Latten ꝛc. aus dem Holz der Roth- und Sprossenfichte, zollfrei einzulassen. — Ingall's Antrag wurde mit 25 gegen 23 Stimmen angenommen.

Im Abgeordnetenhaus reichte Rogers einen Gesetzentwurf zum Schutze von Zeitschriftstellerischen Arbeiten vor Nachdruck ein. Der Beschluß für die Bewilligung von 200,000 Dollars zur Vollendung der Arbeiten des Censusamtes wurde angenommen. Desgleichen die Bill zur Aufhebung der Gewerbesteuer von Handlungsreisenden im Bezirk Columbia. Hierauf Fortsetzung der Vorberathung der Geldbewilligung für die Flotte.

23. Jan. Um 12 Uhr stellte Morrill den Antrag zur Berathung der Tarifbill zu schreiten, mit dem Bemerken, er würde die Annahme desselben als gleichbedeutend mit dem Beschlusse auffassen, die Berhandlung der Maßnahme Tag für Tag fortzusetzen. Der Antrag wurde ohne Wiederrede angenommen, und der Senat schritt zur Erwägung der Liste der Metallzölle.

Das Abgeordnetenhaus beschäftigte sich mit der Vorberathung der Ausgaben-Ansätze für die Flotte und trat dem Antrage Calkin's' auf allmählige Abschaffung des Flotten-Zahlamtes bei. Bei Erledigung einer Stelle, soll keine neue Ernennung stattfinden. Vielmehr sollen in diesem Falle die niederen Beamten nachrücken und Linien-Offiziere zur Besorgung der Obliegenheiten der Zahlmeister verwendet werden, welche dafür keine besondere Vergütung erhalten sollen.

24. Jan. Das Abgeordnetenhaus fuhr mit der Berathung der Geldbewilligungen für die Flotte fort, mit welchem man bis zu dem Posten für die Ausgaben der Abtheilung für Schiffsbauwesen gekommen war. In Bezug auf die Bewilligungen für den Ausbau eines der doppelthürmigen Monitors wurde auf Antrag von Harris die Bestimmung getroffen, daß der Contrakt für die Fertigstellung irgend eines dieser Schiffe die Genehmigung des Beiraths des Flottenmmissärs (statt einer zu dem Zweck zu schaffenden neuen Commission, wie die Vorlage bestimmte, unterliegen solle). Eine Menge Abänderungs-Anträge wurde verworfen und schließlich die Bestimmung für die Fertigstellung eines Monitors mit mit den oben beschlossenen Abänderungen angenommen. Auf Antrag von Thomas [von Illinois] wurde die Bestimmung beigefügt, daß jeder Angehörige des Zahlamtes der Flotte, welcher irgend ein Geschenk, das ihm mit Rücksicht auf eine Anschaffung oder Zahlung, die er für Rechnung der Flotte gemacht hat, angeboten wird, annimmt, sofort entlassen und in eine Gefängnißstrafe von 1 bis zu 10 Jahren und eine Geldbuße von 100 bis zu 10,000 Dollars verfallen soll.

Der Senat beschäftigte sich mit der Fortberathung des Tarifbill.

Französische Thronprätendenten.

Nach einer mehrjährigen Ruhe ist durch das Manifest des Prinzen Napoleon, bekannt unter dem Namen Plon-Plon, die Frage der französischen Thronprätendenten wiederum eine so brennende geworden, daß die Kammer der Republik sich mit dem Antrage, die Betreffenden aus Frankreich und Algier dauernd zu verbannen, heute endgültig beschäftigen wird.

Prinz Joseph Carl Paul Napoleon, Sohn des Erkönigs Jerome von Westfalen, des Bruders Napoleon I., wurde im Jahre 1822 geboren. Im Jahre 1846, nachdem es seinem Vater gelungen war, die Erlaubniß zur Heimkehr nach Frankreich zu erlangen, zog er mit demselben nach Paris, wo Vater und Sohn in bescheidenen Verhältnissen und ohne sich in die politischen Angelegenheiten zu mischen, lebten. Im Jahre 1848 betrat er zuerst öffentlich die politische Bühne, indem er sich in die Kammer wählen ließ.

Der Staatsstreich, obgleich er, ungleich seinem Vater, sich nicht daran betheiligt hatte, brachte ihm große Vortheile, die Anerkennung als kaiserlicher Prinz und eine diesem Range entsprechende Jahrespension. Zudem erwirkte ihm der Kaiser Napoleon von den Kammern die Anerkennung als Nachfolger, falls der Kaiser kinderlos sterben sollte.

Hatte bis dahin ein gutes Einvernehmen zwischen der beiden Vettern bestanden, so sollte dieses einen tiefen Riß nach der Vermählung des Kaisers mit der schönen Eugenie, denn er sah dadurch seine Rechte als Thronfolger beeinträchtigt, bekommen. Außerdem war er, der königliches Blut in seinen Adern wußte, höchst empört über diese Mißheirath und er goß all die ätzende Lauge seines Spottes, wo über er so wohl verfügen konnte, über die „Spanierin" aus. Von der Kaiserin ward ihm diese Abneigung reichlich vergolten. Nach der Geburt des Prinzen Louis, welche alle seine noch heimlich genährten Hoffnungen auf den einstigen Besitz des Thrones vernichtete, ward das Verhältniß des Prinzen mit den Tuilerien, obgleich der Kaiser den klaren Blick des Prinzen schätzte, ein unleidliches, und er erschien nur noch selten, wenn er es für nöthig hielt den Kaiser zu warnen.

Mit dem Hofe zerfallen, warf sich der Prinz der demokratischen Bewegung in die Arme; es gelang ihm aber niemals, sich hier ein großes Ansehen und bestimmenden Anhang zu erringen. Dieser Schritt sowie die Opposition, die er den Plänen der Kaiserin stets machte, brachte ihm den Titel „Der rothe Prinz" ein. Sein Widerwille gegen den Krieg mit Deutschland, sowie seine erfolglose Mission an den König von Italien, den er zum Bündniß mit Frankreich bestimmen sollte, verfeindete ihn mit der bonapartistischen Partei; denn diese Haltung und Erfolglosigkeit ward ihm als Verrath an derselben ausgelegt, obgleich ihm nichts ferner lag. Der Prinz hat sich stets als ein um die Interessen der napoleonischen Sache besorgter Mann gezeigt, und nur die Mißgriffe seines Vetters und der Haß gegen die Kaiserin trieb ihn zur Opposition.

Nach der Schaffung der Republik nahm er nur zeitweilig als Deputirter für Corsika an der Politik Theil, zog sich doch später ganz zurück, bis nach dem Tode des Prinzen Louis im Zululande sein ältester Sohn Victor als Nachfolger des Verstorbenen und dereinstiger Kaiser von Frankreich von der bonapartistischen Partei anerkannt wurde.

Obgleich der Prinz dem französischen Armeeverbande angehörte, so hat er doch nie große militärische Tugenden und Talente bewiesen, ja man warf ihm sogar Feigheit vor. Der Kaiser Napoleon rief ihn daher auch bald von der Krim und von den italienischen Schlachtfeldern zurück, da er sich weder mit den Führern in Einvernehmen noch bei den Soldaten in Respekt zu setzen vermochte. Sein klarer, durchdringender Verstand in politischen Dingen dagegen wurde gerühmt. Die Genüsse des Lebens hat er nie verschmäht.

Vermählt ist Prinz Napoleon mit der Prinzessin Clotilde, Tochter des verstorbenen Königs Victor Emanuel von Italien. Dieser Ehe sind drei Kinder entsprossen. Der älteste Sohn Prinz Victor ist jetzt 20 Jahre alt und rühmt man dessen ruhigen klaren Verstand. Der zweite Sohn ist 18 Jahre alt.

Außer der Familie des Prinzen Napoleon giebt es noch fünf männliche Nachkommen des napoleonischen Stammes, die jedoch hier nicht weiter in Betracht kommen. Der bedeutendste derselben ist Cardinal Napoleon.

Außer den Napoleoniden erheben noch die Bourbon-Orleans Ansprüche auf den französischen Thron. Vertreter derselben ist der am 29 September 1820 geborene Henri Charles, Maria Dieudonne von Artois, Herzog von Bordeaux und Graf von Chambord, Sohn des von Louvel ermordeten Herzogs von Berry. Im Jahre 1830 dankte infolge der Bewegung der König Karl X. von Frankreich zu Gunsten dieses seines Enkels ab, aber zehn Tage später erwählte das Volk Louis Phillipp von Orleans zum König und die Bourbonen zogen in die Verbannung.

Prinz Heinrich, oder „König Heinrich V. von Frankreich", wie er von seiner Partei und seiner Umgebung zu Froschdorf in Oesterreich, wo er seine Hofhaltung aufgeschlagen hat, genannt wird, repräsentirt das Königsthum von Gottesgnaden in all der mittelalterlichen Anschauung, in der er erzogen wurde. Er hängt starr am Alten und seine Prinzipien sind unbeugsam. Alle Herrscher Frankreichs, seit ihm sein Großvater als Kind die Krone aufs Haupt setzte, sind seiner Ansicht nach Usurpatoren, die ihm sein gutes Recht raubten und er hofft noch immer, daß die göttliche Gerechtigkeit ihn dereinst noch auf den Thron Frankreichs setzen wird. Nach dem Tage von Sedan erließ er ein Manifest, unterzeichnet Heinrich V., König von Frankreich, worin er seine Ansprüche auf den Thron auf Grund der fünfhundertjährigen Herrschaft seiner Vorfahren geltend machte.

Zweimal schien ihm dort das Glück zu lächeln und er den Thron Frankreichs besteigen zu sollen, aber beide Male vereitelte seine Starrköpfigkeit oder wie er es nannte, „seine Prinzipien", seine Aussichten. Im Jahre 1871 schien die legitimistische Partei in Frankreich stark genug zu sein, um ihm Anerbietungen mit Aussicht auf Erfolg machen zu können, und sie stellte nur die Bedingung, um das Königthum der Masse des Volkes annehmbar zu machen, daß er das Lilienbanner der Bourbonen aufgeben und dafür die Trikolore annehmen sollte. Der Prinz erwiderte jedoch, als Heinrich der V. von Gottes Gnaden lasse er sich keine Vorschriften machen und er gebe keines seiner Rechte auf. Am 5. August 1873 konnte ihm nochmals die Partei das Anerbieten machen, aber die Fahnenfrage ließ auch diesen Versuch aus demselben Grunde scheitern, ja selbst zum dritten Male, als sogar der Graf von Paris, der Enkel Ludwig Philipp's, unter denselben Bedingungen ihm seine Erbansprüche aufopferte. „Meine Person ist Nebensache; das Prinzip allein gilt. Meine Rechte sind unantastbar", war die Antwort, welche am 27 October erfolgte. Seit dieser Zeit sind seine Aussichten todt, und die Legitimisten setzen ihre Hoffnung auf den Grafen Paris.

Auf Prinz Heinrich, den letzten der Bourbonen,—seine Ehe mit der Tochter des Herzogs von Modena ist kinderlos—findet der Ausspruch über die Bourbonen, „ein Geschlecht, das nichts lernt und nichts vergißt", seine vollste Anwendung. Er wird der Republik niemals gefährlich werden.

Anders sind die Aussichten des Prinzen Louis Philipp Albert von Orleans Grafen von Paris. Derselbe, am 29. August 1838 geboren, mußte nach dem Sturze seines Großvaters, Louis Philipp, gleichfalls Frankreich verlassen. Nachdem er sich am amerikanischen Bürgerkriege betheiligt, focht er im deutschfranzösischen Kriege an der Loire und bewährte sich als tüchtiger Offizier. Ohne sich an den politischen Umtrieben zu betheiligen, gehört er noch jetzt der französischen Armee an.

Gerühmt wird die Ruhe, Entschlossenheit und der klare Verstand des Prinzen, der eine sehr tüchtige und sorgsame Erziehung genossen hat. So lange „Heinrich V." Ansprüche auf den französischen Thron erhebt, sind ihm die Hände gebunden, denn er hat zu Gunsten dieses Prinzen allen seinen Ansprüchen auf den Thron entsagt, ist jedoch dafür von „Heinrich V." zum Nachfolger seiner „Rechte" ernannt. Vermählt ist er mit einer Tochter seines Oheims, des Herzogs von Montpensier.

Aehnlich ist der Lebenslauf von Robert Philipp Louis Eugen Ferdinand von Orleans, Herzog von Chartres, geb. im Jahre 1840, Bruder des Vorigen. Auch die Geistes- und Characteranlagen sind vorzüglich. Da der Graf von Paris jedoch Kinder hat, kommt er hier nicht weiter in Betracht, ebenso wie auch nicht die übrigen Prinzen des Hauses Orleans.

Zerschmetterung der „Prohibition" in Iowa.

Die Entscheidung des Obergerichtes von Iowa gegen die Gültigkeit des Prohibitionszusatzes zur dortigen Staatsverfassung erfolgte mit vier Stimmen gegen eine.

Ein einziger der von dem braven Bezirksrichter Hayes in Davenport in seiner Entscheidung gegen den Verfassungszusatz aufgestellten Gründe hat dem Obergerichte genügt, um zu derselben Entscheidung zu gelangen, nämlich folgender Grund: während nach der Verfassung von Iowa ein Verfassungszusatz in zwei auf einander folgenden Staats-Gesetzgebungen gleichlautend angenommen sein muß, um dem Volke vorgelegt werden zu können, wurde der Prohibitionszusatz in der ersten der zwei hier in Betracht kommenden Staatsgesetzgebungen vom Senat und Haus nicht gleichlautend angenommen, sondern nach Form und Inhalt verschieden.

Oberrichter Seevers, welcher die Entscheidung der großen Mehrheit des Obergerichtes ausgearbeitet hat, weist ganz mit denselben Rechtsgründen, wie Bezirksrichter Hayes, wenn auch weitschweifender, nach, daß der Unterschied in den Protokollen des Staatssenats und des Abgeordnetenhauses vollständig genügt hat, um dem Prohibitionszusatze den Rechtsboden unter den Füßen wegzuziehen, daß also das Volk Iowa's am 27. Juni letzten Jahres über etwas, das rechtlich gar nicht vorhanden war, abstimmte, und daß dies Nicht-Vorhandene auch durch die bei jener Volksabstimmung erzielte Mehrheit von 30,000 Stimmen keineswegs zu einem Vorhandenen geworden ist.

Kein vernünftiger Mensch wird behaupten, daß diese Entscheidung auf einer bloßen Wortklauberei beruhe. Einer derartigen Ausrede bediente sich allerdings vor einiger Zeit das Obergericht von Kansas, indem es einen gegen die Gültigkeit des dortigen Prohibitionszusatzes erhobenen ganz ähnlichen Einwand für unwesentlich und unerheblich erklärte. Bezirksrichter Hayes in Davenport versetzte in seiner Entscheidung gegen den Verfassungszusatz in Iowa dem Obergerichte in Kansas einen derben Hieb; denn er that dar, daß es heilige Pflicht der Gerichte sei, die von der Verfassung vorgeschriebenen Formen für eine hochwichtige Verfassungsänderung, bei der es sich um das Wohl und Wehe von Tausenden handle, gewissenhaft zu wahren und daß die leichtfertige Ausflucht des Obergerichts von Kansas keine ernstliche Berücksichtigung verdiene. So derb verfahren nun die Mitglieder des Obergerichts von Iowa nicht gegen ihre sauberen Collegen in Kansas; aber thatsächlich ist die obergerichtliche Entscheidung in Iowa ebenfalls eine nachdrückliche Verurtheilung des Obergerichts von Kansas, welches in blinder Unterwürfigkeit unter die Prohibitionisten und den damals noch allmächtig scheinenden St. John die Verfassung gebrochen hat.

Die Entmuthigung der Wasserstimpel und Heuchler in Iowa in Folge der Entscheidung des Obergerichtes ist um so größer, als im Gegensatz zum Bezirksrichter Hayes in Davenport ein anderer Bezirksrichter, Henderson in Marshalltown, eine Entscheidung für die Gültigkeit des Verfassungszusatzes abgegeben hatte.

Durch ihren Lächerlichsinn und ihre Lächerlichkeit bei Abfassung des Verfassungszusatzes haben die Prohibitionisten in Iowa die Veranstaltung der dortigen Verfassung für Prohibitionszwecke wohl für immer unmöglich gemacht. Allerdings genügt in Iowa einander folgenden Staatsgesetzgebungen, um dem Volke einen Verfassungszusatz vorzulegen, wobei die zweite Staatsgesetzgebung die Zeit für die Volksabstimmung zu bestimmen hat. Aber es ist unwahrscheinlich, daß in Iowa nochmals hinter einander zwei prohibitionsfreundliche Staatsgesetzgebungen gewählt werden können. Und selbst wenn ein erneuerter Prohibitionszusatz den langwierigen Gang durch zwei Staatsgesetzgebungen glücklich zurücklegen würde, was kaum anzunehmen ist, wäre seine Niederlage in der Volksabstimmung beinahe gewiß.

Freilich erklärte sich im Juni vorigen Jahres eine bedeutende Mehrheit der an Abstimmung theilnehmenden Bürger für einen solchen Verfassungszusatz. Aber schon damals war keineswegs die Mehrheit aller in Iowa vorhandenen Stimmgeber für Prohibition. Viele Gegner der Prohibition blieben damals aus Nachlässigkeit oder aus anderen Gründen dem Stimmkasten ferne.

Jetzt aber ist das Alles ganz anders. Die prohibitionsfeindlichen Schlafmützen vom vorigen Juni sind aus ihrem Schlafe erwacht. Ein großer Theil der republikanischen Partei in Iowa ist durch die schweren Niederlagen, welche sie in Folge ihres Verhaltens in der Prohibitionsfrage, trotz ihrer vorherigen Allmacht, bei den letzten Wahlen in verschiedenen Congreßbezirken und bei einer Menge von örtlichen Wahlen erlitten hat, zur Besinnung gekommen. Der Prohibitionstaumel überhaupt ist seit einigen Monaten sehr im Schwinden begriffen. Auch die großen englischen Chicagoer Zeitungen, welche trotz ihrer bedeutenden Verbreitung in Iowa, in der ganzen Zeit vor der Volksabstimmung vom Juni in ihren Leitartikelspalten feig über die Prohibitionsfrage in Iowa schwiegen und, wie die Tribune, in allerlei prohibitionistisch gefärbten Mittheilungen von dort die Sache der Prohibition unterstützten, jubeln jetzt über die Zertrümmerung der Prohibition durch die Gerichte.

Durch die obergerichtliche Entscheidung in Iowa sind Bier und Wein von den Ketten der Prohibition wieder befreit, die übrigens noch gar nicht festgeschmiedet waren, da die Staatsgesetzgebung noch kein Gesetz zur Vollstreckung des Verfassungszusatzes gemacht hatte.

Inländische Nachrichten.

— Frau Smith in Effingham, Jll., deren Mann soeben begraben worden war, sagte nach der Rückkehr vom Friedhof: „Ein Trost ist mir geblieben; ich weiß wenigstens jetzt, wo sich mein Gatte des Nachts aufhält." Der Trost ist nicht übel.

— In Roodhouse, Jll., hat das Scharlachfieber dermaßen um sich gegriffen, daß die Schulen geschlossen und alle Zusammenkünfte in Kirchen, öffentlichen Vergnügungsplätzen u. s. w. verboten werden mußten. Familien, in deren Mitte die Krankheit zum Ausbruch kam, müssen sich streng abgeschlossen halten.—

— Ein Gesetzgeber von Ohio hat den Antrag eingebracht, daß Betrunkenheit mit dem Tod durch Hängen bestraft werde. Ein Cincinnatier Blatt meint: unter den Bestimmungen eines solchen Gesetzes würde jeder Laternenpfahl in der Stadt mit einem menschlichen Körper dekorirt werden.

— Das Obergericht von New York hat entschieden, daß Eisenbahnen verpflichtet sind, Frachtgüter mit aller zulässigen Eile entgegenzunehmen und zu befördern. Conkling vertrat die Eisenbahnen und verfocht die entgegengesetzten Anschauungen. Der Prozeß stammt noch von dem letzten Streik der Frachtverlader her, stellt aber einen Grundsatz fest, der für die Dauer werthvoll bleibt.

— Nach Ausweisen der Kinder-Hülfs-Gesellschaft von New York sind in der Stadt New York ungefähr 100,000 Kinder in Fabriken, Werkstätten und Tenementhäusern an der Arbeit; die Tabak-Industrie allein beschäftigt über 5,000 Kinder von noch nicht 15 Jahren. Die gefährlichste Arbeit, welche Kinder in New York zu verrichten haben, besteht in der Zubereitung und Verpackung von Feuerwerk und Explosivstoffen.

— Im Territorium Alaska wurden nach den Angaben des Zolleinnehmers von Sitka, W. Morris, reichhaltige Goldminen gefunden, die für die darin arbeitenden Leute sehr lohnend sind. Von der Pacific-Küste aus sind schon bedeutende Summen für Minenunternehmungen nach Alaska gekommen, und aus den östlichen Staaten die nöthigen Maschinerien zur rationellen Ausbeutung der Lager. Als eine Schattenseite in diesem Bilde bezeichnet Herr Morris den Mangel an Autorität der Behörden und Gesetze, so daß häufig Uebergriffe auf Privateigenthum stattfinden und Streitigkeiten daraus entstehen.

— Die Weinkultur in Californien nimmt stetig zu. Im Jahre 1881 waren 74,141 Acres mit Reben bepflanzt; im Jahre 1882 101,031, eine Zunahme von 25,000 Acres, oder über 34 Prozent Kein anderer Zweig der Bodenkultur zeigt eine so starke Vermehrung. Im Jahre 1881 wurden im Staate 8,500,000 Gallonen Wein produzirt, im Jahre 1882 9,000,000, wovon der neunte Theil, oder 1,000,000 Gallonen, ausgeführt und das Uebrige im Lande consumirt wurde. Der hauptsächlichste Einwurf gegen californische Weine von Seite der Weintrinker ist ihre außerordentliche Süße. Wenn diesem „süßen Fehler" abgeholfen und die Weine rein gehalten werden, so kann nichts Californien hindern, der bedeutendste Weinstaat der Welt zu werden.

— Die Handelsverbindung mit Californien und Oregon auf dem Wasserwege über Cap Horn hauptet sich noch immer auf einer respectablen Höhe. Während des abgelaufenen Jahres machten 66 Schiffe aus atlantischen Häfen die Fahrt dahin, eine Abnahme von nur 1 Schiff gegen 1881, mit einer Zunahme des Tonnengehalts von 4510. Die letzten 6 Monate des Jahres waren für den Pacific-Küsten Verkehr auf dem Wasserwege außerordentlich schwach, was durch den Umstand erklärt wird, daß die Eisenbahnen mit mehr als 1200 Firmen an der Pacific-Küste Verträge abgeschlossen haben, wodurch sich diese Firmen verpflichten, keine Frachtgüter über Cap Horn mehr zu spediren. Dessen ungeachtet bietet der Wasserweg immer noch Vortheile, die ihn als nicht zu unterschätzenden Concurrenten der Eisenbahnen erscheinen lassen.

— Das „Novelty Variety Theater" in Jersey City, war dieser Tage der Schauplatz eines Aufruhrs. Die Schauspieler, welche seit längerer Zeit ihre Gagen nicht erhielten, setzten einen Ausstand in Scene, und da der Direktor sie nicht bezahlen konnte, so verkündete er von der Bühne herab, daß keine Vorstellung stattfinde, und daß das Eintrittsgeld zurückbezahlt werden würde. Die meisten der Anwesenden hatten sich in der Zehncents-Gallerie befunden, allein Alle, welche vor dem Billetbüreau erschienen, beanspruchten 25 Cents. Der Schatzmeister konnte die Ansprüche nicht widerlegen und bezahlte aus, bis alles eingenommene Geld verausgabt war. Diejenigen, welche keine Geld erhalten hatten, demolirten dann das Billet-Büreau und griffen den Schatzmeister und Direktor an. Ein Polizist nahm die Letzteren schließlich in Haft und führte sie nach dem Stationshause.

— Die Firma Gebrüder Bertram von New York importirte im April 1881 von der unter dänischer Herrschaft stehenden Insel St. Croix eine erhebliche Quantität dort fabricirten Zuckers und Syrups, wofür ihr Einfuhrzoll abgefordert wurde. Sie bezahlte die Zollgebühren unter Protest und berief sich dabei auf einen mit den hawaiischen Inseln abgeschlossenen Vertrag, welcher nach der Darlegung der Kläger auch auf Handelsartikel Bezug haben soll, die in Dänemark produzirt und von dort nach den Ver. Staaten importirt werden. Mit Cänemark wurde in 1857 ein Vertrag abgeschlossen, nach welchem für dänische Produkte nicht mehr Einfuhrzoll verlangt werden darf, als für ähnliche Produkte aus anderen fremden Ländern. In 1875 wurde mit den hawaiischen Inseln ein Vertrag abgeschlossen, nach dessen Bestimmungen gewisse Handelsartikel, darunter Zucker und Syrup, frei sein sollen. Die Kläger führen nun an, daß diese Bestimmung auf den dänischen Vertrag auszudehnen sei, d. h. auf dänischen Zucker und Syrup sei kein Zoll zu erheben. Das Gericht entschied jedoch, eine solche Auslegung beider Verträge sei nicht zulässig, und der Vertrag mit den hawaiischen Inseln könne mit der diesbezüglichen Bestimmung des dänischen Vertrages nicht in Einklang gebracht werden.

— Aus Detroit wird berichtet, daß der aus Glendale, O., gebürtige, 20 Jahre alte Student Edward Dooley, vor einigen Tagen bei seiner Ankunft auf dem Bahnhof wegen Schwindels verhaftet und bis zur Ankunft eines Beamten aus Ohio nach dem Gefängniß abgeführt wurde. Der betreffende Beamte traf am folgenden Tage ein, es war Niemand anders als Marshall Michael Dooley, der — Vater des Verhafteten. Wer mag die Gefühle des Vaters und gewissenhaften Beamten beschreiben, als er zu seinen Sohn nach dessen Zelle geführt wurde. Roundsman McPherson weckte den schlafenden ungerathenen Sohn auf, und auf die Frage des Vaters: „Kennst du mich Edward?" erfolgte Seitens des Sohnes die lakonische Antwort „ja". Es entspann sich nun zwischen Vater und Sohn ein längeres Gespräch. Letzterer weigerte sich auf das Entschiedenste, auf Wunsch des Vaters mit nach Hause zu kommen, um seine Studien wieder aufnehmen und vollenden zu können. Als ihm der Vater dann sagte, daß er dann mit ihm als Gefangener nach Ohio zurückreisen müßte, antwortete er gleichgültig: „Ich gebe nichts drum." Der Vater, der noch immer hofft, einen „wiedergefundenen" Sohn mit nach Hause zu bringen, trat dann mit dem Gefangenen die Heimreise an. Die bei dem jugendlichen Schwindler vorgefundenen $79 wurden dem Vater übergeben.

— Dieser Tage ordnete Gouverneur Stephens von Georgia infolge einer Requisition des Gouverneurs von Südcarolina die Verhaftung H. G. Porte's an, der mit einer Frau und zwei Kindern zwölf Jahre lang in der Nähe vom Palmetto gewohnt hat. Dem Falle liegt nachfolgende romantische Geschichte zu Grunde: Vor etwa fünfzehn Jahren bewarben sich jener Porte und ein Mann Namens Smith in Marion County, S. C., um die Hand eines jungen Mädchens. Letzteres liebte zwar Porte mehr als Smith, reichte aber doch, von letzterem überredet, diesem die Hand zum Ehebunde. Als Porte seine Geliebte verheirathet sah, zögerte er nicht, sich ebenfalls eine Frau zu nehmen und beide Familien lebten als Nachbarn. Porte's Frau starb nach kurzer Ehe und Frau Smith lebte mit ihrem Gatten sehr unglücklich. Oft, wenn sie mißhandelt worden war, bat sie Porte, mit ihr zu fliehen, daß ihr Herz noch immer für ihn schlage und sie bedauere, Smith ihm vorgezogen zu haben, Porte weigerte sich lange Zeit standhaft, dem Ansinnen seiner Jugendgeliebten zu willfahren und wies darauf hin, daß er Smith's Freund sei. Eines Tages jedoch hatte Porte für Smith $200 einkassirt und wollte diesen Betrag an letzteren abliefern. Als er in des Nachbars Haus kam, fand er Frau Smith aus einer Wunde blutend am Boden liegen. Er hob die Frau auf, wusch ihr das Blut ab, verband ihr die von dem brutalen Gatten beigebrachte Wunde und legte die $200 auf den Tisch. Als er sich entfernen wollte, hing sich die unglückliche Frau an ihn und beschwor ihn, mit ihr zu entfliehen. Porte vermochte nicht länger Widerstand zu leisten; er floh mit den $200, der Frau und ihren beiden Kindern nach Georgia, wo er zwölf Jahre lang im Frieden lebte, bis er jetzt wegen Entführung und Erlangung von Geld unter falschem Vorwand verhaftet wurde. Smith ist bereit, seinem ehemaligen Freunde die Frau zu lassen, wenn er die Kinder, die $200 und die sonst noch mitgenommenen Gegenstände zurück erhält.

— In Philadelphia, Pa., hat ein im Dienste der Staatsregierung stehender Ingenieur, Namens P. C. Pole, einen neuen Kohlengasmotor zum Bewegen der Straßen-Cars erfunden. Der Motor hat ein Gewicht von 4000 Pfund. Das Kohlengas befindet sich in einem Reservoir und wirkt, wenn es in den Motor geführt wird, auf eine Reihe von Pumpen oder Ventilen, die den Motor in Bewegung setzen. In erster Linie drückt derselbe mittelst zweier Cylinder auf eine Art Fuß, der sich in der Mitte zwischen den beiden Schienen unter der Car befindet. Dieser gezahnte Fuß macht nun einen Schritt vorwärts in der Länge von 3 Fuß und 2 Zoll und bei jedem Schritte macht auch der Motor eine Bewegung von 3 Fuß und 2 Zoll vorwärts, je nach dem Willen des Conducteurs, der die Schritte nach Belieben reguliren kann. Der Fuß ist mit Kautschuk umhüllt, wodurch die Bewegungen desselben beim Berühren des Bodens gemildert und weder ein Stoß noch eine Pause fühlbar wird. Gerade über dem Fuße und mit ihm durch einen Schwungschaft verbunden, befinden sich zwei Luftcylinder, welche den Fuß wieder heben, sobald die Wirkung des Gases abgeschlossen ist. Das Ganze wird als sehr einfach dargestellt, und die Maschine kann durch eine einz